

Sondersitzung Baden-Badener Gemeinderat zur Corona-Krise – OB Mergen blieb peinliche Diskussion erspart – Dramatische Verschuldung droht



Baden-Baden, 02.04.2020, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch **Nur vier Stadträte fehlten gestern Abend bei der Corona-Sondersitzung des Gemeinderats im Baden-Badener Kongresshaus. Im weitläufigen Kongresssaal 1 blieb Oberbürgermeisterin Margret Mergen eine vermutlich peinliche Diskussion erspart.**

Die ursprünglich in der Tagesordnung vorgesehene Beschlussfassung zur «Ausweitung der Befugnisse der Oberbürgermeisterin» wurde noch vor der Sitzung wieder gestrichen. Der Gemeinderat wollte seine Macht während der Corona-Krise nicht an die Oberbürgermeisterin abgeben. [goodnews4.de berichtete](https://www.goodnews4.de/berichtete).

Der Ältestenrat, der sich aus den Fraktionschefs zusammensetzt, hatte dem Rathaus die Aussichtslosigkeit einer solchen Machtübertragung signalisiert. Schlechte Nachrichten brachte OB Mergen für die Stadtkasse mit. Nicht nur ein 10 Millionen Nachtragshaushalt in der Corona-Krise kommt auf die Steuerzahler zu. Sie kündigte weiter an, dass dies «nicht der letzte Nachtragshaushalt 2020» sei. Die Stadt habe mit 51 Millionen Euro Gewerbesteuererträgen geplant und sie gehe von «dramatischen Einbußen» aus.

Schließlich stand auch die Frage der nach der historischen Vorlage wieder zu restaurierenden Stourdza-Kapelle zur Debatte. Dabei geht es nicht nur um eine Wiedergutmachung eines historischen Unrechts im Ersten Weltkrieg gegenüber der rumänisch-orthodoxen Religionsgemeinschaft. Heinrich Stadtrat Liesen, FBB, berichtete von weiteren Spendenzusagen, sodass der Spendenstand

60.000 bis 70.000 Euro erreiche. Er erinnerte dann auch daran, dass die Vergoldung auch eine «historische Bedeutung» habe und eine Chance sei, «Kriegsschäden zu reparieren». Die FBB sei auch bereit, eine «Sicherung» für den nötigen Gesamtbetrag von 85.000 Euro zu geben. Man einigte sich drauf, dass eine private Bürgschaft akzeptiert werde, sollten bis Mitte April die notwendigen Spendenmittel noch nicht zur Verfügung stehen. Einiges Erstaunen löste der ziemlich sozialistische Vorschlag von Hansjürgen Schnurr, CDU, aus, der vorschlug, die Spendengelder den Vereinen zu geben, «die sich den Arsch aufreißen» in der Corona-Krise.

Mehr zur Sondersitzung im Protokoll von Nadja Milke. Ein VIDEO-Interview mit OB Mergen wird goodnews4.de noch im Laufe der Woche veröffentlichen.

goodnews4-Protokoll zur 8. Sitzung des Gemeinderates am Mittwoch, 1. April 2020, 17.00 Uhr bis ca. 18.35 Uhr im Kongresshaus:

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Es waren bis auf vier Stadträte alle anwesend. Oberbürgermeisterin Margret Mergen berichtete über die Maßnahmen der Verwaltung seit Beginn der Corona-Krise. goodnews4.de [berichtete bereits ausführlich](#). Sie dankte ihren Mitarbeiterinnen in der Stadtverwaltung und den Baden-Badenerinnen, die sich in der Krise engagieren, zum Beispiel beim Nähen von Mundschutzmasken oder in der Nachbarschaftshilfe.

TOP 2 1. Nachtragshaushalt und Maßnahmen zur Sicherung der Handlungsfähigkeit in Zeiten der Corona-Krise

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Beschlussvorschlag: Der Gemeinderat beschließt den 1. Nachtragshaushalt zur Sicherung der Handlungsfähigkeit in der Corona-Krise. Hierzu werden außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 10 Millionen Euro genehmigt. Die entsprechenden Aufwendungen der einzelnen Kostenstellen werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Die Finanzierung erfolgt über eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 10 Mio. Euro. Des Weiteren nimmt der Gemeinderat die Maßnahmen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.*

Kurzbeschreibung des Sachverhalts:

Außerordentliche Aufwendungen im Rahmen der Corona-Krise werden im Haushalt, da sie nicht veranschlagt sind, auf einem separaten Sachkonto gebucht. Dieses Konto wird durch den 1. Nachtragshaushalt mit einem Finanzvolumen von 10 Mio. € ausgestattet. Die Finanzierung erfolgt über eine Kreditaufnahme nach der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Der Gemeinderat nimmt die von der Verwaltung getroffenen Maßnahmen zustimmend zur Kenntnis.

Die Nachtragssatzung sowie die angepassten Gesamtpläne der Ergebnis- und Finanzhaushalts sind als Anlage beigefügt.

Ausführliche Begründung:

Insbesondere Liquiditätsverstärkungen werden kurzfristig notwendig werden. Dies geschieht in erster Linie durch ein Vorziehen von Abschlagszahlungen, für die im Haushalt Zuschüsse veran-

schlagt sind. Soweit dies nicht ausreicht, sind weitere finanzielle Mittel notwendig, die mit diesem 1. Nachtragshaushalt bereitgestellt werden. Diese Mittel werden nur insoweit bewirtschaftet, als sie zur Bewältigung der Corona-Krise notwendig sind.

Die Finanzierung erfolgt über eine Kreditaufnahme in Höhe von 10 Mio. Euro. Die Vorgaben des § 87 I Gemeindeordnung, wonach Kredite insbesondere nur für Investitionen zulässig sind, kann eventuell nicht vollumfänglich beachtet werden. Die Kreditaufnahme geschieht zur Abwehr einer von Bund und Land als solche eingestufte Naturkatastrophe.

Nachdem die konkreten Auswirkungen der aktuellen Krise absehbar und bewertbar sind, wird die Verwaltung mit einem 2. Nachtragshaushalt auf den Gemeinderat zukommen.

Dabei wird festgestellt, dass die 10 Mio. Euro für außerordentliche Aufwendungen nicht die Verfügung über Gemeindevermögen darstellen, die für die Gemeinde von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind. Dies ist notwendig, damit notfalls kurzfristig reagiert werden kann.

Weitere Maßnahmen

Die Verwaltung hat bisher folgende Maßnahmen umgesetzt und wird diese weiter umsetzen:

– Stundungen von Zahlungen bis zum 30.06.2020 ohne Zinsen auf Antrag (Empfehlung Städte- tag)

– Anpassung von Vorauszahlungen der Gewerbesteuer auf Antrag auch ohne entsprechende Grundlagenbescheide des Finanzamtes

– Keine Abbuchungen von ausgesetzten Leistungen (z.B. Kindergärten)

– Vorziehen und erhöhen von Abschlagszahlungen, für die im Haushalt Zuschüsse vorgesehen sind

– Bei zuschussbudgetierten Bereichen wird die Zielvorgabe das Budget einzuhalten ausgesetzt, da diese ihre Einnahmen nicht erreichen können (z.B. Theater)

– Im Rahmen von Kassenkrediten wird eine Aufrechterhaltung der Liquidität bei Beteiligungen ermöglicht.

Auf den Vorschlag einer Haushaltssperre wird aktuell verzichtet, da dies in der jetzigen Situation wirtschaftlich kontraproduktiv wäre.

Stadtkämmerer Thomas Eibl fasste die Gründe für den Nachtragshaushalt in Höhe von 10 Millionen Euro zusammen. In den letzten Wochen seien bereits vermehrt Anfragen zur Abrechnung von Mehrkosten, die durch die Corona-Krise verursacht werden, bei ihm eingegangen. Als ein Beispiel nannte er die Feuerwehr, bei der Mehrkosten in Höhe von 50.000 Euro pro Woche entstehen würden. Mehrkosten würden auch beim Katastrophenschutz oder den städtischen Beteiligungen entstehen. Die Hilfsprogramme von Bund und Land richteten sich bisher nur an private Unternehmen. Normalerweise müssten die Mehrkosten durch Einsparungen ausgeglichen werden. Dies sei jedoch ohne erhebliche Kürzungen nicht möglich, da im aktuellen Doppelhaushalt 2020/2021 schon 15 Millionen Euro Kürzungen eingeplant seien. Es gebe keine andere Möglichkeit, außerplanmäßige Ausgaben zu decken als über einen Nachtragshaushalt. Die vorgeschlagenen 10 Millionen Euro seien «wirklich gegriffen» und es gebe «keine fundierte Berechnung dazu», da sich die Mehrkosten «nicht seriös abschätzen» ließen, räumte Thomas Eibl ein.

Es handele sich dabei um einen «Vorratsbeschluss», um für die Zukunft vorbereitet zu sein. Es sei «kein Beschluss über Mittelausgaben». Über die Verwendung der 10 Millionen Euro habe dann

gemäß der Satzung bei Ausgaben über 50.000 Euro der Hauptausschuss beziehungsweise der Gemeinderat zu entscheiden.

Im laufenden Haushalt sei die Aufnahme eines Kredits in Höhe von 15 Millionen Euro eingeplant, dieser sei jedoch noch nicht aufgenommen worden, da noch genügend liquide Mittel vorhanden seien für die nächsten zwei Monate. Die Kreditaufnahme solle erst erfolgen, wenn es die Liquidität nötig mache.

Der jetzige Nachtragshaushalt habe «noch nicht mit Einnahmeverlusten» zu tun, dazu werde es voraussichtlich Mitte des Jahres einen zweiten Nachtragshaushalt geben, zum Ausgleich von «erheblichen» Verlusten unter anderem bei Gewerbesteuer, Kurtaxe und Finanzausgleich.

Auch OB Mergen kündigte an, dass dies «nicht der letzte Nachtragshaushalt 2020» sei. die Stadt habe mit 51 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen geplant und sie gehe von «dramatischen Einbußen» aus. Dies würde sich «durch sämtliche Einnahmepositionen» durchziehen. Auch Kurzarbeit für Mitarbeiter der städtischen Beteiligungsfirmen schließe sie nicht aus und nannte als Beispiel das Kongresshaus, wo seit zwei Monaten keine Kongresse mehr stattfinden, es aber laufende Kosten für das Gebäude und Mitarbeiter gebe. Sie nannte auch die Euraka, die Kur und Tourismus GmbH und den Kulturbereich. Für die «Kernverwaltung» schloss sie Kurzarbeit aus. Das «allergrößte Problem» seien die Kliniken, da diese Plätze für Corona-Patienten vorhielten und «keine normalen Operationen» mehr durchführen würden. Von den Kliniken habe sie «schon jetzt klare Hilfesignale bekommen». «Die Finanzen am Ende des Jahres» seien «wahrscheinlich verheerend». Einziger Trost sei: «Es geht allen so.»

Von einer Haushaltssperre wolle die Stadt «im Moment» absehen und laufende Projekte, wie die Bautätigkeiten an Straßen und Schulen «durchziehen», um so wenigstens «konjunkturelle Stabilität für die Bauwirtschaft» zu schaffen. «Mal sehen wie lange wir das durchhalten. Wir fahren auf Sicht», so die Oberbürgermeisterin.

Die Gemeinderatsfraktionen dankten der Oberbürgermeisterin und den Verwaltungsmitarbeitern für ihre Arbeit in der Corona-Krise und sagten ihre Zustimmung zum Nachtragshaushalt zu.

Sabine Iding-Dihlmann, Grünen-Fraktionsvorsitzende, erklärte zu der Änderung der Beschlussvorlage, die ursprünglich vorgesehen hatte, dass «die Befugnisse des Gemeinderates (einschl. der Ausschüsse) nach der Hauptsatzung, mit Ausnahme der nach § 39 Abs. 2 GemO nicht übertragbaren Aufgaben und der Aufgaben die auf anderweitiger gesetzlicher Grundlage beruhen, bis zur nächsten Gemeinderatssitzung auf die Oberbürgermeisterin übertragen werden», dass in der Corona-Krise «die Entscheidungen nicht allein auf den Schultern der Verwaltung lasten» sollen und die Gemeinderäte ihre «Verantwortung gegenüber den Bürgern und der Stadt wahrnehmen wollen».

Markus Fricke erinnerte daran, dass man nach der Krise die «Wirtschaft wieder ins Laufen bringen» müsse und regte eine «fraktionsübergreifende Gruppe» an, die «Chancen berät und vielleicht auch mal querdenkt».

OB Mergen schlug «nicht ernst gemeint, aber kreativ» vor, die Sommerferien auf zwei Wochen zu verkürzen, um in den vier Wochen nachzuholen, auf was in der Corona-Krise verzichtet wurde, zum Beispiel Restaurantbesuche, Einkaufen, Veranstaltungen.

Der Gemeinderat stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

TOP 3 Anfragen aus dem Gemeinderat

René Lohs, FDP, stellte den Antrag, dass die Stadt Baden-Baden den restlichen Betrag für die Vergoldung der Kuppel der Stourzda-Kapelle, der nicht durch Spenden finanziert werden kann, übernehmen soll. 85.000 Euro werden für die Vergoldung benötigt, rund 40.000 Euro Spenden wurden von FBB und FDP bereits gesammelt. [goodnews4.de berichtete](https://www.goodnews4.de/berichtet/).

Heinrich Liesen, FBB, berichtete von weiteren Spendenzusagen, sodass der Spendenstand 60.000 bis 70.000 Euro erreiche. Er erinnerte daran, dass die Vergoldung auch eine «historische Bedeutung» habe und die Chance sei «Kriegsschäden zu reparieren». Die FBB sei auch bereit, eine «Sicherung» für den Gesamtbetrag zu geben, sollte die Stadt den Restbetrag nicht dazusteuern.

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig drückte seine Freude darüber aus, dass der Gemeinderat in dieser Sache so lebendig sei. Für ihn als Regensburger wäre es eine «persönliche Bereicherung», wenn er zusammen mit seinem Team dazu beitragen könnte, die Stourdza-Kapelle «erstrahlen zu lassen wie zu ihrer Entstehungszeit». Er sprach davon, dass sich eine solche Chance erst wieder in ein bis zwei Generationen biete. Die ursprüngliche Frist könne nach aktuellem Stand bis 15. April verlängert werden, bis dahin müsse es Klarheit geben, ob die benötigten 85.000 Euro für die Vergoldung zur Verfügung stehen.

Ansgar Gernsbeck, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte, dass er dem FDP-Antrag «vor ein paar Wochen wahrscheinlich» zugestimmt hätte. Aber «in der heutigen Zeit, in der Existenzen bedroht sind», seien 40.000 Euro viel Geld. Er finde die Initiative aber toll und sei dafür, dass «sich die Stadträte auf die Füße machen und 40.000 Euro Spenden einsammeln».

Fabrice Gireaud, Grünen-Fraktionsvorsitzender, hält es für ein «fatales Zeichen», wenn die Stadt Baden-Baden die restlichen Kosten von 40.000 Euro übernehmen würde.

Hansjürgen Schnurr, CDU, schlug vor, die Spendengelder den Vereinen zu geben, «die sich den Arsch aufreißen» in der Corona-Krise.

Wolfgang Niedermeyer, FBB, entgegnete, dass im Zeitfenster zwischen 1918 und 2020 die Chance, die Kuppel wieder zu vergolden, schon einmal nicht genutzt worden sei und die nächste Chance sich «frühestens in zwei Generationen» wieder ergeben werde, wenn das Dach wieder saniert werden müsse. Und an Hansjürgen Schnurr gerichtet sagte er, dass auch keiner auf die Idee komme, den Stiftern des Festspielhauses zu sagen, das sei «unsittlich».

Martin Ernst, FBB-Fraktionsvorsitzender, sagte zu, dass FDP und FBB eine Garantie geben würden, den Gesamtbetrag an Spenden zu sammeln.

OB Mergen willigte ein, wenn FDP und FBB ihr «das schriftlich geben und sich verbürgen» würden, wäre sie dankbar. Sie erinnerte daran, dass es nicht so sei, dass «die Stadt nichts tut». Die Renovierung der Stourdza-Kapelle sei eigentlich «gar nicht geplant» gewesen und die Stadt stelle 385.000 Euro dafür bereit. Wenn bis zum 15. April die Spendensumme 85.000 Euro erreicht oder die FDP und FBB sich für die Summe verbürgen, könne die Kuppel vergoldet werden. Falls nicht, wolle sie für den 14. April zu einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung einladen und über den Antrag der FDP, dass die Stadt den fehlenden Betrag übernehmen soll, abstimmen lassen.